

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/3659**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Herrn
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 21. November 2008

Finanzausschusssitzung am 30.10.2008

Berichts-anforderung zu 16/3562- Über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2008

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
mit der Vorlage kommt das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume der Bitte der Abgeordneten Heinold nach, nähere Erläuterungen zum Kapitel Abfallwirtschaft zu geben. Die Nachfrage war im Zusammenhang mit der Erörterung des Umdruck 16/3562 (neu) entstanden. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff



Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume |
Postfach 50 09 | 24062 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Unser Zeichen: /
Unsere Nachricht vom: /

Der Staatssekretär
Telefon: 0431 988-7210
Telefax: 0431 988-7369

über

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
VI 204
24105 Kiel

13. November 2008

Finanzausschusssitzung am 30.10.2008
hier: Berichts-anforderung zu 16/3562 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I-II/2008

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zur Beantwortung der Frage der Abgeordneten Frau Heinold, um welchen Fall es sich bei der Erstattung an Baden-Württemberg für die Entsorgung illegal entsorgten Mülls handelt, teile ich Ihnen gern den folgenden Sachverhalt mit.

Die SAA BW - Sonderabfallagentur als Zentrale Koordinierungsstelle der Länder - hat aus Tschechien insgesamt 1.214,3 Mg Abfälle (gemischte Kunststoffabfälle und Textilien) zurückgeholt und in Deutschland ordnungsgemäß entsorgt. Tschechien hatte für diese Abfälle ein Rückholersuchen gegenüber Deutschland gestellt. Gleichzeitig konnten verantwortliche Personen überwiegend nicht ermittelt werden. In solchen Fällen sieht der Staatsvertrag eine anteilige Aufteilung der entstehenden Kosten - hier insgesamt 290.572,07 Euro - unter den Ländern vor. Auf Schleswig-Holstein entfiel dabei nach dem Königsteiner Schlüssel ein Anteil in Höhe von 9.634,53 Euro.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ernst-Wilhelm Rabius